

Nationen und Nationalitäten in Osteuropa

Herausgegeben vom  
Arbeitskreis für nationale Probleme in Osteuropa

Band 3

Boris Meissner/Alfred Einfeld (Hrsg.)

# Die GUS-Staaten in Europa und Asien



Nomos Verlagsgesellschaft  
Baden-Baden

Die veröffentlichten Beiträge geben ausschließlich die Ansichten der Verfasser wieder.

Gedruckt mit Unterstützung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Die GUS-Staaten in Europa und Asien** / Boris Meissner ; Alfred Eisfeld (Hrsg.). –  
1. Aufl. – Baden-Baden : Nomos Verl.-Ges., 1995  
(Nationen und Nationalitäten in Osteuropa ; Bd. 3)  
ISBN 3-7890-3759-1  
NE: Meissner, Boris [Hrsg.]; GT

1. Auflage 1995

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1995. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der photomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
I. Einführung	
Prof. Dr. <i>Gerhard Simon</i> , Köln Der Zerfall des sowjetischen Imperiums und die Sprengkraft der Nationalbewegungen	9
II. Rußland und die europäischen GUS-Staaten	
Prof. Dr. <i>Boris Meissner</i> , Köln Die Rußländische Föderation unter Jelzin	21
Dr. <i>Rudolf Mark</i> , Lüneburg Die politische Entwicklung in der Ukraine und in Weißrußland	43
Prof. Dr. <i>Frank Golczewski</i> , Hamburg Der Beginn der Wende? Die wirtschaftlichen und politischen Prozesse in der Ukraine und in Weißrußland 1993/94	67
Dr. <i>Anneli Ute Gabanyi</i> , München Die politische Entwicklung in Moldava	81
<i>Jürgen Gerber</i> , Freiburg Die politische Entwicklung in Georgien	107
Dr. <i>Aschot Manutscharjan</i> , Bonn Die politische Entwicklung in Armenien (1988–1994)	125
Dr. <i>Eva-Maria Auch</i> , Greifswald Die politische Entwicklung in Aserbaidshan	153
Dr. <i>Hermann Clement</i> , München Die Wirtschaft der europäischen Nachfolgestaaten der UdSSR	177
	7

### III. Rußland und die asiatischen GUS-Staaten

Prof. Dr. <i>Gert Leptin</i> , Berlin Die Entwicklung und die gegenwärtige Lage Sibiriens	189
Dr. <i>Uwe Halbach</i> , Köln Eigenstaatlichkeit in Kasachstan und Mittelasien	199
Dr. <i>Hermann Clement</i> , München Die Wirtschaft der asiatischen Nachfolgestaaten der UdSSR	213

## DIE POLITISCHE ENTWICKLUNG IN ASERBAIDSHAN

Von Eva-Maria Auch

Sich Aserbaidshan zu nähern, bedeutet auf vielfältige Weise, die Schwelle zwischen Okzident und Orient zu überschreiten. Der damit verbundene Reiz des Unbekannten hat für die jüngere wissenschaftliche Betrachtung der transkaukasischen Region bisher zugleich Barrieren bedeutet, begab sich doch der Osteuropawissenschaftler in das den Orientalisten vorbehaltene Gefilde, während diese jedoch mit den Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten voll beschäftigt waren und vor den Grenzen der Sowjetunion haltmachten. — So blieb der ehemalige sowjetische Orient im deutschsprachigen Raum eine Art wissenschaftliche Wüste mit vereinzelt Oasen<sup>1</sup>, in der — nicht nur nach Scholl-Latour — eine "islamische Krise" den Zerfall der Union in Gang setzen sollte und "Den Gottlosen die Hölle" versprochen wurde.

Doch die Entwicklungen in der ehemaligen UdSSR sahen etwas anders aus, die Deklaration des Islam zum Feind Nr. 1 für das Sowjetsystem hat sich als verschobener Blickwinkel erwiesen. Verschiedene Analysen stellen sogar eine besondere Anpassungsfähigkeit patriarchalisch-islamischer Strukturen an zentralistisch-kommunistische Machtmechanismen zur Diskussion. So scheint es durchaus gerechtfertigt, den hier bereits vorgestellten Untersuchungen der europäischen Nachfolgestaaten der UdSSR die politische Entwicklung in Aserbaidshan anzuschließen und in vergleichender Betrachtung Besonderheiten und Gemeinsamkeiten der Nationalbewegungen durch einen Gedankenaustausch herauszuarbeiten.

Zweifellos provozierte der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidshan um das Autonome Gebiet Nagorny Karabach seit 1988 in besonderem Maße die Frage nach der Stabilität traditioneller Machtstrukturen in der Sowjetunion, den Quellen und Zielen nationaler Emanzipationskämpfe und möglichen außenpolitischen Konsequenzen. Er wurde zum Anlaß für zuvor ungekannte nationale Massenmobilisierung und wirkte gleichzeitig als mächtiger Katalysator für nationale Unabhängigkeitsbestrebungen. Territorialansprüche provozierten die Suche nach den historischen Wurzeln von Konflikten, nach der nationalen Identität, der Ethnogenese der Titularnation und ethnischer Minderheiten. Jahrelange Einseitigkeit und Verfälschung der Geschichtsbetrachtung schlägt in eine Geschichtspropaganda um, die durch ihre Massenwirksamkeit von allen politischen Kräften genutzt wird. Historische

---

1 Aus der Reihe jüngerer Arbeiten sei hier auf folgende verwiesen; Simon, G.: Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinischen Gesellschaft, Baden-Baden 1986; Die Muslime in der Sowjetunion und in Jugoslawien. Identität, Politik, Widerstand, hrsg. von Kappeler, A.; Simon, G. und Brunner, G.; Köln 1989; Stölting, E.: Eine Weltmacht zerbricht. Nationalitäten und Religionen in der UdSSR, Frankfurt a. M. 1990; Auch, E.-M.: Ewiges Feuer in Aserbaidshan. Ein Land zwischen Perestrojka, Bürgerkrieg und Unabhängigkeit, Berichte des BIOst Nr. 8, Köln 1992; Kappeler, A.: Rußland als Vielvölkerstaat. Entstehung. Geschichte. Zerfall, München 1992.

Erfahrungen prägten und prägen in starkem Maße die Formen des politischen Kampfes, ökonomische, soziale und geistig kulturelle Beziehungen und nicht zuletzt die Art der Institutionalisierung und inhaltlichen Ausgestaltung neuer politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse.

Welche "Erblast" tragen in diesem Sinne die Aseris, wo liegen die Schwerpunkte gegenwärtiger Vergangenheitsbewältigung in dieser Republik?

Geschichte — Bürde oder Kraftquell nationaler Identitätsfindung?

*Erstens*, bemüht man sich um den Nachweis einer frühzeitlichen Staaten-tradition, die bis ins 9. Jahrhundert v. u. Z. zurückverfolgt wird und mit Mana, Medien, Atropates und vor allem dem kaukasischen Albanien (bis ins 7./8.Jh.) verbunden wird. Versucht wird eine Art "nationalstaatliche Emanzipation" gegenüber den armenischen und georgischen Nachbarn, eine mythische Periodisierung nationaler Wiedergeburt, die Wiederherstellung einstiger Größe eng mit territorialen Ansprüchen, "uralten Siedlungsrechten" verknüpft.

*Zweitens*, um Nationalstolz zu fördern und Traditionen des gegenwärtigen Kampfes um nationale Souveränität aufzuzeigen, erlebt die Darstellung des Unabhängigkeitswillens der Aseri gegenüber fremden Eroberern (von den Arabern bis zu den Russen) eine deutliche Aktivierung. Film, Fernsehen, Kunst und Literatur nehmen sich in besonderem Maße dieser Aufgabe an. Attribute wie "christlich", "islamisch", "kaukasisch", "orientalisch", "national" prägen unter der Assoziation aktueller Ereignisse Wertvorstellungen und ergänzen die wissenschaftlich-politische Diskussion um die Identifizierung der Aseri mit subnationalen, nationalen und subnationalen Größen.

*Drittens* werden für die Begründung heutiger territorialer Spannungen (Karabach, Nachitschewan) Grenzziehungen und Umsiedlungspolitik während der russischen Kolonialherrschaft angeführt. Zwischen russischer und sowjetischer Kolonialpolitik wird eine Kontinuität gesehen und teilweise eine "Wiedergutmachung historischer Ungerechtigkeit" gefordert.

*Viertens* besteht im Spannungsfeld der Identitätssuche zwischen Orient und Okzident ein ausgeprägtes Interesse an der Aufarbeitung historischer Kontakte zu Europa.

*Fünftens* ist die Propagierung der jadidistisch-pantürkischen Bindungen seit Anfang des 20. Jahrhunderts im Sinne einer Wiederbelebung dieser Traditionen zu beobachten. Insbesondere die Rolle der Musawat-Partei bei der Schaffung der ersten Nationalregierung 1918/20 mit ihrer bürgerlich-demokratischen Programmatik unter Rasulzade wird analysiert und an Symbole (grün-rot-weiße/blau Flagge, Halbmond/Stern, Nationalhymne) und Losungen jener Jahre direkt angeknüpft.

*Sechstens* konzentriert sich die Aufarbeitung der sowjetischen Periode u. a. auf folgende "Anlagepunkte":

- die gewaltsame Beseitigung der bürgerlichen Nationalregierung, die Verfolgung ihrer Repräsentanten und die Etablierung eines "dem Wesen des türkischen Muslim widersprechenden Gesellschaftssystems";

- die Grenzziehung von 1923 als bewußte Beibehaltung von Spannungsherden, um Eingriffsmöglichkeiten der Zentralmacht zu bewahren;
- die Zerstörung der türkisch-muslimischen Identität u. a. durch die Sprachen-, Religions- und Nationalitätenpolitik, die Abschottung gegenüber den orientalischen Nachbarn;
- den mehrfachen "Verrat" der Sowjetregierung an der "Einheit Aserbaidshans" durch den Verzicht auf Einflußnahme in Persisch-Aserbaidshan im Orientvertrag 1921 und nach der Besetzung der Zone 1941 bis 1946, wo sich zum Ende des Krieges eine Volksrepublik mit der Hauptstadt Täbris gebildet hatte;
- die Fortführung "armenischer Privilegierung" nicht nur in der sowjetischen Kaderpolitik, sondern vor allem in Siedlungsfragen (Ausweisung von ca. 100 000 Aseris 1948 aus Armenien mit zentraler Hilfe, großzügige Emigrations- und Reisebestimmungen für Armenier);
- die Behinderung des Aufbaus eines effektiven diversifizierten Wirtschaftssystems und als Folge sozialer Verelendung durch koloniale Bevormundung seitens der Zentrale mit ihrem System der Kommando-(Plan-) wirtschaft, die Förderung von Schattenwirtschaft, Korruption und Spekulation durch Mißwirtschaft und Privilegierung der Nomenklatura.

Das historische Erbe ist also recht vielschichtig und doch wichtiger Hintergrund gegenwärtiger Entwicklungen, so daß einige geschichtliche Fakten für ihr Verständnis unabdingbar sind:

Transkaukasien war für Jahrhunderte ein zentrales Durchzugsgebiet zwischen Nahem Osten, Mittelasien, Rußland und Persien. Der Islam drang mit den arabischen Feldzügen 639-693 gegen die persischen Sasaniden in das heutige Aserbaidshan vor, ohne jedoch eine vollständige Islamisierung zu erreichen. Er traf auf iranische Ethnien im Süden und ein Völkergemisch aus Iranern und Ibero-Kaukasiern im Norden, unter denen sowohl das Judentum (bis heute existieren geschlossene Dorfgemeinschaften von "Bergjuden") und das Christentum in seinen armeno-gregorianischen Formen als auch Zoroastrismus und Manichäismus ihre Anhänger hatten. Mit dem Zerfall des albanischen Königtums in Vasallenkleinstaaten konnte zwar die arabische Vorherrschaft gesichert werden, aber geistig-kulturelle Freiräume einschließlich der Fortexistenz christlicher Einflüsse vor allem im Gebiet nördlich des Araxes (Nucha, Berg-Karabach als geographisch unzugängliches Gebiet!) blieben erhalten. Dies ist ein Grund für heutige Historiker und Politiker Aserbaidshans, auch die christliche Tradition (ca. 1 600 Sakralbauten, schriftliche Quellen u. ä.) auf dem Gebiet der Republik als "aserbaidshanisch" zu kennzeichnen, während die armenische Seite diese als Beweis für die Rechtmäßigkeit der Ansprüche auf "armenisches Kulturland" anführt<sup>2</sup>.

---

2 Vgl. Sumbatzade, A. S.: Azerbajdzancy. Etnogenez i formirovanie naroda, Baku 1990; Mamedova, M: K voprosu ob albanskom (kavkaskom) etnose, in: Izvestija akademii nauk, H. 3 Baku 1989, S. 108-117; Libaridja, G. B. (Ed.): The Karabagh File: documents and facts on the question of Mountainous Karabagh 1918-1988, S. 3; Balekjan, W. H.: Konflikt im Transkaukasus. In: Politische Studien, 315, München 1991, S. 29.



Der entscheidende Einschnitt in die Ethnogenese der Südkaukasier kam im 11. Jahrhundert: Nach der Eroberung Armeniens 1064 erfolgte ab 1071 die Turkifizierung des transkaukasischen Flachlandes. In den Hauptstädten Nachitschewan und Täbris wurden, wie in den meisten Gebieten Aserbaidshans, zunehmend die dort gesprochenen iranischen Dialekte durch das Aseri-Türkisch verdrängt, ein Grund für aserbaidshanische Historiker, die Nationswerdung der Aseris eng mit dieser Entwicklung zu verknüpfen. Auch die direkte Einbeziehung der Region in die persische Einflußsphäre seit dem 16. Jahrhundert und die damit verbundene Verbreitung des schiitischen Islam, konnte diesen Prozeß nicht mehr rückgängig machen. Es entwickelte sich ein bis heute wirkender, scheinbarer Widerspruch zwischen geistig-kultureller, religiöser Bindung an Persien/Iran und die sprachliche Verbundenheit mit den Nachfahren der Osmanen, die — paradoxerweise über eine seitens russischer Einflüsse geförderte Aufklärung — seit Beginn des 20. Jahrhunderts durch politische Nähe zu den panturkistischen Reformern in der späteren Türkei ergänzt wurde.

Nach dem Abschluß der russischen Eroberungen im östlichen Transkaukasien kam es im Vertrag von Turkmentschaj 1828 zur Grenzziehung zwischen Rußland und Iran am Fluß Arax. Damit wurde das Siedlungsgebiet der Aseris in einen russisch verwalteten Nord- und einen persischen Südteil (heute ca. acht Mio. Aseris) getrennt, was nicht nur zur Trennung von Stammesgebieten führte, sondern eine Abschottung der kaukasischen Muslime gegenüber dem islamischen Orient bewirkte. Mit dem Ziel der Schaffung einer "christlichen Pufferzone" erhielten zugleich die christlichen Armenier die Möglichkeit, in das Gebiet nördlich des Flusses einzuwandern. Zehntausende nahmen das Angebot an und folgten den russischen Truppen nach Transkaukasien. Ihnen schlossen sich bald Armenier aus Anatolien an, die vor dem türkischen Terror flüchteten und den Haß auf ihre Peiniger mitnahmen.

Lebten 1846 in Transkaukasien ca. 200 000 Armenier, so waren es 1915 bereits 1,68 Mio., die in 12 von 13 kaukasischen Verwaltungseinheiten als Minderheiten siedelten<sup>3</sup>. Diese Verstärkung des armenischen Bevölkerungsanteils bei begrenzter landwirtschaftlicher Nutzfläche und geringen Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten sowie der relativ hohe Anteil von Armeniern in Verwaltungspositionen, im Handel und Bankwesen der prosperierenden Städte (Baku: Anteil der Armenier 1897: 19.029 von 112 000 — 17 %, 1913: 41 680 von 214 672 — 19 %) boten zunehmend sozialen Zündstoff, der im tatarisch-armenischen Kriegszustand 1896–1905 gipfelte und Haßbeziehungen verwurzelte, die nachfolgend immer wieder zu Massakern führten<sup>4</sup>.

Mit der endgültigen "Befriedung" des Kaukasus, seiner infrastrukturellen und wirtschaftlichen Erschließung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts öffnete sich auch für die muslimische Provinz Transkaukasiens das Tor nach Europa:

War der Kontakt zu Rußland bis dahin vor allem über Bildung und Staats- (Armee-) dienste hergestellt, strömte mit dem Verkauf von Staats-

---

<sup>3</sup> Kavkazkij kalendar'na 1915, Tiflis 1914, S. 227, 255.

<sup>4</sup> Vgl. Swietochowski, T.: Russian Azerbaijan 1905–1920, London, New York 1985, S. 38–46.

land auf der Halbinsel Apscheron 1872 und dem damit verbundenen Erwerb von Erdölkonzessionen russisches und ausländisches Kapital in die Region, die 1898 bereits die Hälfte der Welterdölproduktion erbrachte. Der Bau der Eisenbahn vom Kaspischen Meer über Tiflis bis zum Schwarzen Meer und die Herstellung von stabilen Telegraphenverbindungen machten Baku zu einem wichtigen Bindeglied zwischen Europa und Asien und die Stadt selbst zu einer multiethnischen Metropole mit europäischem Kolorit (Anteil der Russen 1913: 35 %). Deutschland – mit den Gebrüdern Siemens an der Spitze – war seit 1868 in Tiflis, seit 1877 in Kedabek und seit 1888 konsularisch, aber vor allem wirtschaftlich und kulturell in Baku vertreten. – Geblieben sind nicht nur die Prunkbauten der Gründerjahre eines Alfred Nobel, Tagiev oder Muxtarov, sondern auch eine fast wehmütige Erinnerung an einstmalige Größe und einen Lebensstil unter der eingeborenen Bakuer Elite, die auch Potenzen einer bewußten Anknüpfung an europäisches, bürgerlich-demokratisches Gedankengut in sich birgt, worin sie sich von der Bildungsschicht aus den Rayons zu unterscheiden scheint, die überwiegend durch das persische bzw. pantürkische Erbe geprägt wurde und seit Ende der 50er Jahre des 20. Jhs. verstärkt Einfluß in der Hauptstadt gewann. Geblieben ist aber auch die Rückständigkeit der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung außerhalb der Hauptstadt, die kaum von aufklärerischem Gedankengut<sup>5</sup> berührt wurde. Die Traditionen bürgerlich-demokratischen Denkens sind vor allem mit der Hümmet (gegr. 1904) und Musawat-Partei verbunden. Da aus der ersteren später die Bolschewiken hervorgingen, ist es vor allem die 1912 gegründete Musawat-(Gleichheits-)Partei unter K. Mikailzade/A. Kazimzade deren Erbe aufgegriffen wird<sup>6</sup>. Nie über großen Masseneinfluß verfügend, favorisierten ihre Vertreter eine islamische (nicht primär pantürkische!) Wiedergeburt im Sinne wirtschaftlicher und kommerzieller Entwicklung gegenüber der Erringung der Unabhängigkeit muslimischer Staaten. Unter Führung der Musawat wurde im März 1917 in Gjandsa der Vorläufer einer aserbaidshanischen Nationalregierung geschaffen, der zunächst Mitglied des "Transkaukasischen Kommissariats", einer provisorischen Regionalregierung, war. Auf ihrem 1. Parteitag im Oktober 1917 forderten die den Kemalisten Nahestehenden Rede-, Versammlungs-, Presse-, Gewissensfreiheit als Verfassungsgarantien. Alle Bürger unabhängig von Religion, Nationalität, Geschlecht und politischer Überzeugung sollten vor dem Gesetz gleich sein. Die Einführung des Acht-Stunden-Arbeitstages und kostenlose Bildung für alle waren soziale Forderungen. Politisches Ziel war die Erringung der Autonomie Aserbaidshans<sup>7</sup>. Nach den blutigen Märzereignissen 1918 in Baku, Gjandsa, Schemacha, Kuba und zahlreichen Dörfern, die Tausenden Armeniern und Aseris das Leben kosteten, konnte auch eine "Föderative Transkaukasische Republik" (22. April–26. Mai 1918) nicht die Konflikte lösen, die mit dem entflammten Nationalbewußtsein ausgebrochen waren. Am 27. Mai 1918 beschlossen die ehemaligen aserbaidshanischen Mitglieder der Transkaukasischen Duma die Bildung einer Provisorischen

5 Vgl. Auch, E.-M.: Zur Entstehung der aserbaidshanischen Aufklärungsbewegung im 19. Jahrhundert, in: Entwicklung durch Reform. Asien und Afrika im 19. Jahrhundert, Asien, Afrika, Lateinamerika (Sonderheft 3), Berlin 1991, S. 75 ff.

6 Motika, R.: Aserbaidshan ist fähig, einen Nationalstaat zu gründen, in: Osteuropa, 1, Stuttgart 1991, A 29–A 35.

7 Die nationale Konzeption der Musawat ging vom "millat"-Verständnis aus, das als Merkmale einer "Nation" gemeinsame Sprache, Kultur, Geschichte und Religion nennt.

Nationalregierung mit M. E. Rasulzade an der Spitze. Einen Tag später wurde mit Stimmenmehrheit Aserbaidshan als Demokratische Republik im Südosten Transkaukasiens ausgerufen, während Baku durch einen revolutionären Sowjet regiert wurde — unter ihnen zahlreiche Armenier. Nach dessen Beseitigung mit englischer und türkischer Hilfe zog die Regierung im Herbst 1918 in Baku ein, neue Massaker folgten. Der neue Staat zählte 2,861 Mio. Menschen, darunter 68,2 % Muslime, 21,4 % Armenier und 7,5 % Russen und beanspruchte ein Territorium von 113 895 qkm, von denen 16 598 qkm umstritten waren<sup>8</sup>. Für die nationale Selbstbesinnung und eine landesweite Durchsetzung bürgerlicher Reformen blieb während 23 Monaten Musawat-Herrschaft kaum Zeit. Die junge Demokratie zerfleischt sich in der schwierigen politischen Situation der Bürger- und Interventionskriege, bis am 27./29. April 1920 mit Unterstützung der 11. Roten Armee die Macht an die am 11./12. Februar 1920 in Baku gegründete "unabhängige" Kommunistische Partei Aserbaidshans ultimatim abgegeben werden mußte, und sich die bolschewistische Sichtweise der nationalen Frage durchsetzte. Diese verknüpfte nicht nur das nationale Selbstbestimmungsrecht mit der Territorialfrage, sondern verfolgte in der politischen Praxis zugleich eine Grenzfestlegung, die den Charakter von Zeitbomben haben: Im russisch-türkischen Vertrag vom 16. März 1921 verzichtete die sowjetische Seite auf Kars, Ardahan und Surmalu, Nachitschewan erhielt einen autonomen Status mit Einmischungsrecht der Türken und unter Bezugnahme auf das provisorische, armenisch-aserbaidshanische Abkommen von 1919 wurde am 7. Juli 1923 per Dekret Nagorny Karabach Aserbaidshan eingegliedert, während die Armenier Sangesur und einen Teil des Kasacher Gebietes mit insgesamt 9 000 qkm erhielten. In den durch die Zentrale geschaffenen Strukturen wurden traditionelle, vorkapitalistische Sozial- und Wertstrukturen von klassen- und parteibezogenen überlagert, wobei Nationalkommunismus und Sowjetpatriotismus im Sinne von Emanzipation, "nationaler Assimilation" und Russifizierung einander je nach Bedürfnissen der Zentralmacht ablösen<sup>9</sup>. Für die Entwicklung des Staats- und Nationalbewußtseins der Aseris waren damit von Anfang an widersprüchliche Tendenzen verbunden: So entwickelte sich das "Nationale" in Literatur, Kunst und Kultur zwar in den 20er Jahren erstmalig staatlich gefördert, aber auf subnationaler und supranationaler Grundlage, was den Sowjetisierungsprozeß der 30er Jahre offensichtlich erleichterte. Nach der Einführung des lateinischen Alphabets anstelle des arabischen 1929 folgten die oft tödlichen Repressalien gegenüber der traditionellen und nationalkommunistischen Bildungselite und schließlich die Einführung der Kyrilliza 1937 als Signal verstärkter Russifizierung. Die Förderung neuer nationaler Eliten war nicht nur Folge der wechselhaften Nationalitätenpolitik, sondern von Anfang an zugleich eine Notwendigkeit zur Sicherung zentralen Machteinflusses. Eine zwiespältige Rolle der Intelligenzija auf dem langen Weg zur Unabhängigkeit wurde bis in die Gegenwart als "Kinderkrankheit" übertragen und führte im Vergleich zu den baltischen Republiken lange Zeit zum Fehlen einer oppositionellen Bürgerbewegung.

---

8 Vgl. Adres-kalendar' Aserbajdzanskoj respubliki na 1920 g., Baku 1920, S. 76.

9 Vgl. Saroyan, M.: The "Karabakh Syndrome" and Azerbaijani Politics, in: Problems of Communism, September-Oktober 1990, S. 16.

Vor dem Hintergrund all dieser historischen Altlasten — von ungelösten Grenzfragen, über russisch-sowjetische Kolonialpraktiken, die das Land in eine sozialökonomische und geistig-kulturelle Krise geführt haben, bis zur Unterentwicklung demokratischer Traditionen und der Nationalstaatlichkeit wird vielleicht begreiflich, warum gerade der *Konflikt um Karabach* seit 1987/88 zum Katalysator der Nationalbewegung und zum Symbol nationaler Emanzipation wurde, für das man bereit ist, selbst einen Bürgerkrieg in Kauf zu nehmen. Wie unter einem Brennglas gebündelt werden hier persönliche Bindungen, geschichtliche Erfahrung, sozialer Unmut und unterdrückte bzw. kaum entwickelte nationale Gefühle sichtbar. Der historische Anspruch, der von beiden Konfliktparteien erhoben wird, ist für die Aseris eng mit "territorialer Integrität" im Prozeß staatlicher Verselbständigung verbunden, während Vorwürfe eingeschränkter Autonomierechte für die Karabach-Armenier mit dem Fehlen solcher Rechte für die ehemals über 245 000 Aseris in Armenien und mit der Erinnerung an die Ausweisung von Aserbaidshanern aus Armenien abgewiesen werden. Die armenische Argumentation betrachtet den Eingliederungsakt aus dem Jahre 1923 als bolschewistische Willkür und bezieht sich vor allem auf die demographische Situation in Berg-Karabach, wo 1989 eine armenische Mehrheit von 75 % bei einer Gesamtbevölkerung von 188 000 lebte. Gegenüber Aserbaidshan wird der Vorwurf erhoben eine gezielte "Entarmisierung" mittels sozialökonomischer, kultureller und infrastruktureller Vernachlässigung betrieben zu haben.

Die mit Karabach verbundene Massenmobilisierung gelang umso einfacher, als ein zwischennationaler, kultureller Austausch zwischen den Nationalitäten in Aserbaidshan kaum erfolgte: Mit "Erfolg" wehrten in den vergangenen Jahrzehnten u. a. die Aserbaidshaner Fremdsprachigkeit ab. Zwar sprachen 47,1 % aller Armenier 1989 Russisch frei, aber nur 34,4 % aller Aserbaidshaner beherrschten diesen Grad. Nur ca 2 % der Aserbaidshaner (1988: 230 000) sprachen zugleich Armenisch, während 20 % der in Aserbaidshan lebenden Armenier auch die Landessprache beherrschte. Ähnlich verhält es sich mit gemischten Ehen, der wohl intensivsten Stufe zwischen-ethnischer Kontakte. Sie bilden eher die Ausnahme als die Regel: 1989 wählten 4,3 % t aller Aserbaidshaner eine Braut anderer Nationalität, aber nur 1,8 % aller aserbaidshanischen Bräute heirateten einen Mann anderer ethnischer Zugehörigkeit<sup>10</sup>. Hier wirken bewußt oder unbewußt die islamischen Ehegebote, die zwar einem Muslim gestatten, eine Nichtmuslimin aus den Reihen der "Buchbesitzer" zu freien, aber der Muslimin dies strikt verbieten. Ethnisch-kulturelle Gruppen bleiben somit relativ kompakt, klassifizierbar und in Konfliktsituationen als Gesamtheit anfechtbar, wie die Boykottierung und letztlich die Liquidierung ganzer "armenischer oder aserbaidshanischer" Dörfer bzw. Stadtviertel zeigt.

---

10 Social'noe razvitie SSSR 1989, Moskva 1991.

## Bürgerkrieg — Unabhängigkeitskampf — gesellschaftliche Krise

Ursächlicher Hintergrund für die Massenmobilisierung und anhaltende Radikalität der politischen Bewegung in Aserbaidshan bleibt jedoch die allgemeine Krisensituation, die trotz aller Besonderheiten durchaus vergleichbar mit der Lage in Mittelasien und Problemen der "Dritten Welt" ist: Symptome wie Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit besonders unter Jugendlichen, agrarische Überbevölkerung und fehlende wirtschaftliche Diversifizierung, rückläufiges Nationaleinkommen und reale Verarmung, Obdachlosigkeit und Umweltvergiftung weisen deutlich auf einen Zusammenhang von materieller Krise, ethnischer Unruhe und Suche nach nationaler Emanzipation.

Andauernde Bevormundung durch die Zentrale, Mißverhältnisse in der territorialen Verteilung der Produktivkräfte und Infrastruktur, Rohstofforientiertheit und ökologischer Notstand sind Merkmale der Situation.

Das Nationaleinkommen pro Kopf der Bevölkerung erreichte 1988 nur noch 92 % des Wertes von 1985 und sank 1988 bis 1991 um weitere 8,4 %. Lag das durchschnittliche Monatseinkommen pro Familienmitglied Mitte 1991 im Unionsmaßstab bei 250 Rubel, betrug dieser Wert in Aserbaidshan nur 175 Rubel. Über 71 % der Bevölkerung (Unionsdurchschnitt: 42 %) lebte unter der Armutsgrenze von 200 Rubel. Diese Situation verschärfen Faktoren wie Bevölkerungswachstum und Migration. Mit einer Wachstumsrate von 23,1 % zwischen 1979 und 1989 lagen die Aseris deutlich über dem Bevölkerungszuwachs der Armenier (16,9 %), Georgier (7,6 %) und dem Unionsdurchschnitt (7,6 %), so daß sich die quantitative Stärke der Titularnation im Vergleich zu 1959 fast verdoppelte<sup>11</sup>. Im Unterschied zu den europäischen Republiken war innerrepublikanische Migration eine Folge (nur 970 000 Aseris leben außerhalb ihrer Republik). Hunderttausende wanderten in den vergangenen zwei Jahrzehnten in die Städte. In der Millionenstadt Baku gab es bereits vor dem Zustrom der mit über 220 000 angegebenen Flüchtlinge aus Armenien, Karabach und Usbekistan das Problem akuten Wohnraummangels. Ca. 68 000 Familien waren bereits 1988 als Wohnungssuchende registriert, mehr als 200 000 lebten in sogenannten "Samostrojkis".

Hier wie im gesamten sozialen Bereich liegen die Dunkelziffern weit höher. Obdachlosigkeit geht einher mit einer Übersättigung des Arbeitsmarktes. Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit besonders unter den Jugendlichen ist charakteristisch (ca. 40 % der in Transkaukasien als "arbeitslos" registrierten sind zwischen 18 und 29 Jahren alt)<sup>12</sup>. Die städtische Entwicklung war jedoch auch hier in vielem nur das Resultat ländlicher Prozesse. Besonders hohe Geburtenraten bei Fortsetzung der oft uneffektiven Bewirtschaftung durch die Kolchosen brachte unter der arbeitsfähigen Bevölkerung einen Grad von Unterbeschäftigung, der Anfang der 80er Jahre mit bis zu 54 % angegeben wurde<sup>13</sup>. Die mit der Perestrojka erweiterten Möglichkeiten

11 Demografičeskij ežegodnik, Moskva 1990, S.184f.

12 Marseva, L. M.: Raspredelenie truda v SSSR, in: Sociologičeskie issledovanija, 8, 1990, S. 5.

13 Maniev, F. S.: Voprosy social'no-demografičeskogo razvitija sovremennoj azerbajdžanskoj derevni, in: Izvestija Akademii nauk ASSR, 2, Baku 1989, S. 6 f.

privater bzw. "kooperativer" Bewirtschaftung von Acker- und Weideflächen bewirkten auch durch Inkonsequenzen des Gesetzgebers — erst am 28.8.1991 wurde der Entwurf eines Bodengesetzes verabschiedet — schnelle Differenzierungsprozesse auf dem Lande, unkontrollierte Geldumläufe usw. 1991 sollen lt. offizieller Statistik nur noch 16,4 % der insgesamt 2,8 Mio. Erwerbstätigen in Kolchosen und neuen Genossenschaften, 9,7 % in Privatunternehmen und Bauernwirtschaften gearbeitet haben. Doch ist durch die enge Verquickung von Erzeugung, Transport und Absatz die Zahl derer, die direkt oder indirekt wirtschaftlich an die Landwirtschaft gebunden sind, weitaus höher anzusetzen. Andererseits wurde mit der Erweiterung der Möglichkeiten privatwirtschaftlicher (familien-, dorfgemeinschaftlicher) Produktion die Frage des Anspruches auf Landbesitz aufgeworfen, die — in Anbetracht der Begrenztheit erschlossenen Bodens oder von Wasserknappheit — in sehr engem Zusammenhang mit ethnischer (tribaler, religiöser) Herkunft beantwortet wird. Die Abhängigkeit der Effektivität eines solchen Betriebes von der Anzahl der Beschäftigten führt wiederum zwangsweise zum Abwandern der meist Jugendlichen in die Städte. Als Verantwortliche für den Absatz landwirtschaftlicher Produkte, als "Studenten" an einer Fachschule oder eben nur als "ständige Gäste" (eventuell mit Pflichten der Haushaltsführung oder Kinderbetreuung bei jungen Mädchen) von städtischen Verwandten suchen sie ihr Glück im urbanen Milieu. Auf diese Art und Weise werden traditionelle Denk- und Verhaltensweisen ins städtische Leben immer wieder transferiert, moderne Lebensansichten bzw. -gewohnheiten mit ihren nicht nur positiven Seiten werden kaum verarbeitet, eventuell gefährlich kopiert oder auch radikal abgelehnt. Auf jeden Fall bilden diese sozialen Schichten mit den entwurzelten Flüchtlingen aus Karabach, Armenien und Mittelasien ein breites Potential für radikal mobilisierende oder integrierende Ideen und Organisationen wie z. B. "gegen die Armenier", "für ein islamisches, vereintes Aserbaidshan" im städtischen Milieu, wo ca. 72 % der 1988 in Aserbaidshan lebenden 475 000 Armenier beheimatet waren.

So wird unter den Bedingungen zurückgebliebener oder radikal geänderter sozialer Verhältnisse die soziale Konkurrenz im Bereich der Beschäftigung, des sozialen Aufstiegs und der Verteilung materieller Güter auf den Bereich der nationalen Beziehungen projiziert<sup>14</sup>. Erhöhte Aggressivität, soziale Minderwertigkeitskomplexe, Unduldsamkeit gegenüber fremden Sitten, Gebräuchen und Glaubensüberzeugungen sind ebenso die Folge, wie die oft aus sippenorientiertem Sozialverhalten erwachsende Vetterwirtschaft und Korruption, ein extrem übersteigter Ethnozentrismus oder religiöser Fanatismus. Diese Tendenz wurde noch gefördert, indem landesdurchschnittliche sozialökonomische Rückständigkeit in Aserbaidshan — trotz unbestrittener Erfolge u. a. im Vergleich mit anderen islamischen Ländern — bisher einherging mit einer Reproduktion kultureller Unterentwicklung eines Großteils der muslimischen Bevölkerung: Vor der Oktoberrevolution waren die Muslime trotz ihres höchsten Bevölkerungsanteils in Transkaukasien an den Bildungsstätten deutlich unterrepräsentiert, die Analphabetenrate betrug ca. 90 %. Noch heute liegt Aserbaidshan im gesamten Qualifikationsniveau der Bevölkerung hinter den Russen, Balten, Georgiern und Armeniern, jedoch

---

14 Vgl. Balkarej, B.: Das Drama im Fergana-Tal. In: Neue Zeit, 25, Moskau 1989, S. 17.

vor den muslimischen Glaubensbrüdern in Mittelasien. Eine der Ursachen für den vorhandenen Entwicklungsabstand wird von aserbaidshanischen Wissenschaftlern u. a. im achtmaligen Wechsel des Alphabets in Aserbaidshan gesehen, kaum wird von inhaltlichen Fragen gesprochen. Mag man über die Qualitäten streiten, steht doch fest, daß die Bedeutung der nationalen Bildungsschicht in den letzten Jahrzehnten enorm zugenommen hat, und sie damit in Konkurrenz zu den Repräsentanten der "traditionellen Intelligenz" der Armenier und Russen geriet. Gerade sie ist es, die als Hauptträger einer gemeinsamen Sprache und Kultur, durch ihre strukturelle Position hauptsächlich für die ethnische Politisierung verantwortlich ist und am ehesten dazu neigt, den Nationalismus im Konkurrenzkampf mit anderen ethnischen Gruppen um ökonomische und politische Privilegien zu instrumentalisieren.

*Welche Rolle spielt hierbei der Islam? Ist er tatsächlich das zu fürchtende Schwert, welches nach armenischer Auffassung letztlich den Weltfrieden bedroht, ist er die Quelle der aserbaidshanischen Unabhängigkeitsbewegung?*

Spricht man von *den Muslimen* Aserbaidshans, wird man der eigentlichen ethnischen und religiösen Vielfalt des Landes nicht gerecht. Seit der Zarenzeit wurden Muslime mit "Tatarys" oder "Turken" gleichgesetzt, nach 1918 wurde die Religionszugehörigkeit nicht mehr offiziell erfaßt. Bis 1934 trugen die aserbaidshanischen Staatsbürger in ihren Dokumenten in der Rubrik "Nationalität" die Bezeichnung "tjurok", erst danach wurde der umstrittene Sammelbegriff "aserbajzanez" eingeführt, was bis heute eine genaue ethnische und religiöse Differenzierung auch aufgrund der fortgeschrittenen Assimilierung von Völkerschaften erschwert. Nach der Volkszählung 1989 lebten u. a. 230 000 Daghestaner (Lezginer, Awaren, u. a.), 31 000 Tataren, 22 000 Talyschen (inoff. 1 Mio.), ca. 10 000 Kurden, 15 000 Osseten und Taten, die überwiegend dem islamischen Glauben angehören. Das Sunnitentum (ca. 25 %) hanafitischer Rechtssprechung ist vor allem unter den in Aserbaidshan siedelnden Abchasen, Kurden, Tataren und Meschheten vertreten. Regional konzentrieren sie sich in den nördlichen Regionen um Scheki, Sakataly, Schemacha und Kuba. Die dominierenden 7er und 12er Schiiten leben vor allem in Mittel- und Südaserbaidshan, das religiöse Leben der Städte Baku, Lenkoran, Gjandsa, Kasak und Nachitschewans wird durch sie geprägt. Vorhanden, aber kaum quantitativ faßbar, sind die Anhänger von Untergruppierungen wie die Bahais (Baku, Gjandsa, Balachany), Jeziden (u. a. unter Kurden) oder Ali-Ilahis (Gjandsa). Aus der historischen Entwicklung heraus wird das religiöse Leben in starkem Maße von inoffiziellen Glaubenshaltungen und Kulthandlungen bestimmt. Koranische Ver- und Gebote (Almosengabe, Ernährungsgewohnheiten, Feiertage) sind in oft abgewandelter Form als "nationale Traditionen" in die Lebensweise der muslimischen Bevölkerung Aserbaidshans eingegangen. Mystische wie Bruderschafts- (Sufi-) traditionen oder auch das schiitische Zugeständnis der Glaubensverleugnung "taqiya" werden in der Literatur immer wieder als besonderes Merkmal des kaukasischen Islam genannt, sind jedoch schwer belegbar und eher Ausnahmen, während die schiitische Märtyrer-Idee in starkem Maße Glaubens- und Lebenshaltungen prägt. Der "offizielle Islam", der vor allem über die ca. 1 000 Moscheen, ihre überall neu eingerichteten Koranschulen und die dortigen — teilweise mit iranischer Hilfe tätigen — isla-

mischen Würdenträger verkörpert wird, trat in den letzten beiden Jahren immer deutlicher in Erscheinung. Neben der Vermittlung der islamischen Glaubenslehre gewinnt ihre sozial-kulturelle Funktion an Anziehungskraft, während die politische Rolle islamischer Würdenträger durch ihre Funktion unter der Sowjetherrschaft bisher begrenzt blieb. Vorläufig noch hat die zweifellos größere Bedeutung der sogenannte "Volksislam". Auf der Basis einer nie tiefgreifenden Islamisierung trat unter der Sowjetmacht an die Stelle von Moscheen und offiziellen Geistlichen die Verehrung Heiliger Plätze (mehr als 300 Grab- und Wunderstätten in Aserbaidshan) und Personen, wie z. B. der "Nachfahren des Propheten Muhammad", der Sayids. Ein stark ausgeprägter Fetischglaube markiert die Nähe der Gläubigkeit zu animistischen Traditionen. Auf der Basis einer höchst oberflächlichen Kenntnis des Korans, der islamischen Glaubenslehre insgesamt, wird der Volksislam in starkem Maße von "Laienmullahs" — in Frauenkreisen auch von "Kennenrinnen der Schrift" — mitgeprägt, die seit der "Gesellschaftsfähigkeit des Islam" zunehmend in Konkurrenz zu den offiziellen Würdenträgern geraten. Ihre Rolle in den politischen Tageskämpfen der vergangenen Jahre war nicht zu übersehen, sind sie es doch, die besonders nah die sozialen Nöte ihrer Glaubensbrüder kennen und artikulieren können und zugleich bei der Neuformierung eines nationalen sich zum Islam bekennenden Staates Machtpositionen zu erwarten haben. Schwer überschaubar, doch nicht zu unterschätzen ist ihr ökonomisches Potential. Es ist ein offenes Geheimnis, daß sie — wie ihre staatlich bezahlten, offiziellen Kollegen — durch ihre Funktionen bei Begräbnissen, Gedenkfeiern, Eheschließungen usw. stets mit erheblichen Mitteln bedacht wurden, die nun in der Zeit "freien Unternehmertums" auch offiziell angelegt werden können. Abzuwarten bleibt auch die Rolle der neuen Generation von islamischen Gelehrten, die verstärkt auch im Ausland ausgebildet werden und nicht unwesentlich zu einer tatsächlichen "Reislamisierung" beitragen können.

Der gewachsene gesellschaftliche Einfluß des Islam ist bereits jetzt deutlich zu spüren. Bewertet man jedoch die derzeitige Rolle des Islam, gilt es zu beachten, daß mit dem Scheitern des Sowjetsystems und der damit verbundenen Desillusionierung breiter Volksmassen ein Vakuum entstand, in das unter den Bedingungen der Unterentwicklung bzw. des Fehlens bürgerlich-demokratischer Traditionen primär vergangenheitsbezogene Wertvorstellungen und Gesellschaftskonzepte einströmen. Diese werden insbesondere von den nach wie vor lebendigen, engen Clanbindungen einschließlich ihres Gefolgschaftsprinzips, welche sich im städtischen Milieu reproduzieren, geprägt, während ein vorwiegend als Lebensform und kulturelles Erbe praktizierter und dann erst als Glaubenslehre verstandener Islam schiitischer Prägung die Suche der Aseris und anderer muslimischer Volksgruppen in der Republik nach ihrem eigentlichen Nationalcharakter bestimmt. Der Islam erfüllt also in einer Situation allgemeiner Frustration wichtige kommunikative, soziale und intergrative Funktionen, ist aber nur *ein* Parameter des erwachten, emotional noch attraktiveren Nationalbewußtseins, *ein* "Moment der Selbstdefinition des neuen aserbaidshanischen Nationalismus"<sup>15</sup>, was nicht heißt, daß ein Scheitern nationalistischer Leitmotive nicht auch eine

15 Stölting, E.: Eine Weltmacht zerbricht. Nationalitäten und Religionen in der UdSSR. Frankfurt a. M. 1990, S. 271.



weitere Politisierung des Islam, das Vordringen autoritärer, fundamentalistischer Ideologie bringen kann. Auf jeden Fall ist derzeit jede politische Kraft in Aserbaidshan darauf bedacht, islamische Lehren zu vermitteln oder zumindest ihre Legitimation aus entsprechenden Traditionen und Wertvorstellungen abzuleiten. — Aus welchen Quellen (das Spektrum reicht vom islamischen Modernismus bis zum Fundamentalismus) die einzelnen politischen Bewegungen schöpfen bzw. welche Neuansätze entwickelt werden, muß Gegenstand weiterer Untersuchungen bleiben.

### **Die Volksfront drängt an die Macht**

Die Rolle der aserbaidshanischen Bildungselite in diesem Prozeß blieb bisher widersprüchlich und reicht von begrenzt bürgerlich-demokratischer über protürkisch-nationaler oder iranisch-fundamentalistischer bis zu autoritär-kommunistischer Orientierung, was sich nicht zuletzt in der Vielzahl politischer Bewegungen und Organisationen und im bisherigen Verlauf der politischen Entwicklung insgesamt äußert. Unter den über 120 Parteien und Organisationen, deren Mitgliederstärken ein paar Hundert in der Regel nicht überschreiten, besitzt zweifellos die Volksfrontbewegung die größte Massenbasis. Nach den Ereignissen in Sumgait vom Februar 1988 ging erst im Sommer des Jahres aus dem "Klub der Wissenschaftler der Stadt Baku" eine Initiativgruppe zur Schaffung einer Volksfront Aserbaidshans hervor, der es in Einheit mit der informellen Bewegung "Varlyk" am 16. Juli 1989 gelang, eine "Nationale Volksfront Aserbaidshans" (NFA) unter Führung eines Medschlis als höchster beratender Versammlung zu gründen. Das 89er Programm<sup>16</sup> definiert die Front als "gesellschaftliche Organisation, welche für eine grundsätzliche Umgestaltung und Demokratisierung aller Lebensbereiche der Republik eintritt", als Endziel wurde die Schaffung eines Rechtsstaates über die Entwicklung einer bürgerlichen Gesellschaft deklariert. Für das Ziel "Erringung der politischen, ökonomischen und kulturellen Souveränität Aserbaidshans innerhalb der UdSSR" sah die NFA den Erfolg der Perestrojka und die Vervollkommnung der föderativen Strukturen als Bedingung an. Beim Scheitern der Reformpolitik war der Kampf um vollständige Unabhängigkeit vorgesehen. Die Umwandlung der Sowjets in Versammlungen gewählter Volksvertreter mit jeglichen Vollmachten in ihren Territorien sah die NFA als gangbaren Weg zur Schaffung gerechter Machtstrukturen. Die wirtschaftlichen Vorstellungen gingen von der völligen Sicherung der Rechte der Republik über sämtliche Naturressourcen, wie Land, Wasser und Bodenschätze, und der Übergabe aller Betriebe und Institutionen in republikanische Hände aus. Obwohl im Programm die Frage des Privateigentums nicht im einzelnen gestellt wurde, ist die Rede von ökonomischem Pluralismus und der Zulassung vielfältiger Eigentumsformen, während der Schattenwirtschaft und dem Schwarzmarkt, ebenso wie ökologischen Sünden der Kampf angesagt wird. Die Herstellung sozialer Gerechtigkeit soll "in Übereinklang mit historischen und nationalen Traditionen der Bevölkerung durch soziale Vorsorge und demographische Planung" erfolgen. Als oberstes Men-

---

16 B'ulleten' NFA v podderzku perestrojki, 2-3, Baku 1989.

schenrecht wird nicht allgemeiner Wohlstand, sondern die individuelle Freiheit des Menschen eingefordert: "Keinerlei gesellschaftlicher Nutzen kann zur Rechtfertigung der Eingrenzung der Rechte einzelner Persönlichkeiten dienen". Ohne Anhänger des islamischen Fundamentalismus zu sein, fordert die NFA volle Gewissens- und Glaubensfreiheit, die Beendigung atheistischer Angriffe gegenüber Religionen und Traditionen und die Wiederherstellung von religiösen Einrichtungen durch die Gesellschaft.

Verständlicherweise wurde der nationalen Frage im Programm der NFA ein besonderer Raum eingeräumt. Auf der Grundlage der Anerkennung der Gleichheit aller Nationen, fordert die NFA die Schaffung maximal günstiger Bedingungen für den Erhalt und die Entwicklung von Sprache, Kultur und nationalen Traditionen der Russen, Armenier, Lesghier, Talyshen, Kurden, Juden und anderer ethnischer Minderheiten in Aserbaidschan ein. Besondere Bedeutung wird der Entwicklung ökonomischer, politischer und kultureller Beziehungen zwischen Aserbaidschan und Iran mit dem Ziel des Erhalts der kulturellen Einheit des aserbaidschanischen Volkes unter Anerkennung der Unverletzbarkeit der völkerrechtlich anerkannten Grenzen beigemessen.

Mit der Propagierung dieses Programmes begann Ende Juli/Anfang August 1989 eine neue Etappe der Bürgerbewegung. Infolge von Demonstrationen und Streiks, die zeitweilig das wirtschaftliche Leben der gesamten Republik lahmlegten, konnten nicht nur am 10. September 1989 die offiziellen Verhandlungen zur Anerkennung der NFA durchgesetzt werden. Viel entscheidender war die Initiierung und Führung einer republikweiten Massenbewegung. Mit ihr wuchs nicht nur die Autorität der Volksfront in- und außerhalb Aserbaidschans, sondern auch das Selbstwertgefühl der Aseris. Als politische Folge dieses Druckes konnte die NFA ihre Vorstellungen in die außerordentliche Tagung des Obersten Sowjets der Republik Mitte September 1989 einbringen, noch bevor sie am 5. Oktober offiziell registriert wurde. Nach zähen Verhandlungen gelang auf dieser Tagung die Annahme des Gesetzes "Über die Souveränität der Aserbaidschanischen Republik", was damals internationales Aufsehen erregte.

Doch die politische "Feuerprobe" sollte erst noch folgen. Unter den Bedingungen des Scheiterns Gorbatschowscher Reformen, weiterer Eskalationen in Karabach und einer faktischen Doppelherrschaft im Lande brachen bereits Ende Oktober auf der ersten legalen Sitzung des Medschlis Meinungsverschiedenheiten über das weitere Vorgehen der Bewegung aus. Die mit Massenaktionen erreichten Erfolge bestärkten radikale Kräfte den "Druck der Straße" auch für die folgenden Machtkämpfe mit der kommunistischen Führung zu nutzen, während ein gemäßigter Flügel auf demokratische Formen orientierte.

Das Ergebnis war eine zeitweilige Parallelisierung der Führung, die zum Austritt einiger Gründungsmitglieder der Volksfront führte und die Berufung eines fünfköpfigen provisorischen Führungsausschusses zur Vorbereitung einer außerordentlichen Konferenz notwendig machte. So entstand eine Situation, die auch Freiräume für separate Aktionen wie die Machtergreifung durch die örtliche Abteilung der Volksfront in Lenkoran im Dezember/Januar 1990 oder die Unterstützung für Grenzdurchbrüche in Nachitschewan ließ. Am 6./7. Januar 1990 fand in Baku die entsprechende "Organisations-

konferenz" statt. Zwar konnten sich die liberalen Kräfte in der Führung durchsetzen, aber bewährte Kader wie Leila Junusova und Jusif Samedogly — die späteren Begründer der Sozialdemokratischen Partei — kehrten der Volksfront den Rücken. Ebenso verlor N. Panachov aus dem Lager der Radikalen seine Position. Die Auflösung der Volksfront gelang zwar nicht, aber die Atmosphäre hatte sich keineswegs entspannt: die Spaltung der Bewegung konnte nicht überwunden werden, Forderungen nach einer "ethnischen Homogenisierung" waren zu hören. Die angeheizten ethnischen Übergriffe und der Vereinigungstaukel an den Grenzen auf der einen Seite und die zunehmende Furcht der Zentralregierung und der örtlichen Kommunisten vor einer Entmachtung spätestens bei den bevorstehenden Wahlen auf der anderen, ließen neue Verbindungen entstehen: Am 15. Januar 1990 rief der ZK-Sekretär A. Vesirov auf einem Treffen mit Arbeitern des Bakuer Kühlaggregatewerkes dazu auf, sich in Wehrbrigaden einschreiben zu lassen. Ähnliche Aufrufe wie die per Fernsehen übertragene fanden sich bald in zahlreichen Betrieben Bakus.

Der radikale Flügel der Volksfront antwortete mit der Schaffung eines "Rates für nationale Verteidigung", mit welchem sowohl Vertreter des republikanischen als auch des zentralen Parteiapparates — E. M. Primakov und A. N. Girenko befanden sich in Baku — Verhandlungen führten. Damit wurden zugleich die offiziellen Vertreter der NFA von der Führung verdrängt, ein einheitliches Vorgehen der demokratischen Kräfte kaum mehr möglich. In der Stadt Baku standen 12 000 Mann starke Truppen des Innenministeriums, als von 13. bis 16. Januar 1990 antiarmenischen Pogrome wüteten. Von der Volksfront gesammelte Aussagen von Zeugen und Dokumente belegen, daß die bewaffneten Kräfte Befehl hatten, nicht einzugreifen, was nach individueller Auslegung sogar einschloß, überstellte Mörder und Randalierer nach kurzer Zeit wieder freizulassen. Der 15. Januar wurde zum entscheidenden Wendepunkt: das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR erließ einen Ukas "Über die Verhängung des Ausnahmezustandes im Autonomen Gebiet Nagorny Karabach und einigen anderen Regionen". Paragraph 7 schlug dem Obersten Sowjet Aserbaidshans vor, die nächtliche Ausgangssperre über Baku und Gandza zu verhängen.

Dieser Erlaß wurde als proarmenisch und Angriff auf die nationale Würde des aserbaidshanischen Volkes gewertet, die Führung der Volksfront forderte am 17. Januar die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung des Obersten Sowjets Aserbaidshans für den 20. d. M., um den Ukas als Eingriff in die Souveränitätsrechte der Republik abzulehnen. Den Aufruf begleiteten Meetings vor dem ZK-Gebäude mit Losungen, die den Rücktritt der Führung forderten.

Die Idee, die Sicherung nationaler Interessen über Reformen innerhalb einer erneuerten SU und der Kommunistischen Partei zu stellen, war übergegangen in die Forderung nach Unabhängigkeit um jeden Preis, die ansteckend auf andere südliche Republiken wirken konnte.

Die Antwort der Regierung fiel entsprechend aus: militärische Gewalt mit der Bilanz von 131 Toten und 740 Schwerverletzten laut Regierungskommission (170 Tote, 400 Verletzte lt. NFA). Die Wut der Bevölkerung auf die Zentralmacht unter Gorbatschow ging einher mit einem allgemeinen Schock

der Massen. Die Vertreter der Opposition wurden Repressalien ausgesetzt, Presseorgane verboten, ihre Büros überwacht, während die Kommunistische Partei die Zeit nutzte, um die unter dem abgesetzten Parteichef Vesirov begonnene Reorganisation (43 GebietsparteiSekretäre wurden umgesetzt, das ZK auf sechs Sekretäre reduziert) fortzusetzen und ihre Strategie mit nationalen Losungen auszustatten<sup>17</sup>. Generalsekretär Bagirov wurde aus der Partei ausgeschlossen, und Motalibov, der neue ZK Chef, übernahm am 24. Januar 1990 zugleich das Präsidentenamt, was als Zeichen zunehmender Zentralisierung der Macht gewertet wurde. Die Volksfront zog in Auswertung der Ereignisse zahlreiche Schlußfolgerungen, die Eingang fanden in das Statut und Programm der NFA und sich vor allem im Wahlkampf des Sommers/Herbstes 1990 widerspiegelten<sup>18</sup>. Die Volksfront trat innerhalb des Blocks "Demokratisches Aserbaidshan" zusammen mit über vierzig Gruppierungen in 132 von 349 Wahlbezirken an. Die Wahlplattform lautete: politische und ökonomische Souveränität Aserbaidshans außerhalb der Uni-on (unter Ein-schluß von Karabach), Sicherung der Menschenrechte, ökonomischer und politischer Pluralismus. Für die 360 Deputiertenmandate bewarben sich 166 Kandidaten, von denen jedoch nur 31 ins Parlament einzogen, 130 Mandate gingen wieder an Berufsfunktionäre aus Partei- und Staatsorganen, an Direktoren von Betrieben und Kolchosen, 21 Plätze blieben für offizielle Vertreter der Rechtsorgane. Mehr als 1 000 Beschwerden gingen vergebens über den Verlauf der Wahlen auch seitens auswärtiger Beobachter ein.

Doch trotz der parlamentarischen Schwäche der Opposition, die größtenteils ihrer organisatorischen Zersplitterung, aber vor allem der allgemeinen Enttäuschung und Angst nach den Januar-Ereignissen zuzuschreiben war, konnte das Machtmonopol der Kommunistischen Partei erstmalig gebrochen werden.

Die Nationalbewegung blieb oppositionelle Minderheit, mit der jedoch überall im Lande gerechnet werden mußte. Das Scheitern des Moskauer Putsches Ende August 1991 veränderte auch die Bedingungen für die Opposition in Aserbaidshan. Die KP löste sich auf einem Sonderparteitag auf, versuchte jedoch zugleich ihren Machtanspruch über die staatlichen Strukturen zu erhalten. Am 8. September 1991 ließ sich der ehemalige Parteichef per Referendum zum Präsidenten wählen, nachdem zahlreiche Kader der Parteienomenklatura bereits in Kommunalorganen, Gewerkschaften und Verbänden ihr Heil gesucht hatten. Sein Programm — Machtstabilisierung, kontrollierter Übergang zur Marktwirtschaft, territoriale Integrität der Republik (d. h. gegen eine Ausgliederung Karabachs) — führte zwar zu einer großzügigen Öffnung des Landes gegenüber dem Ausland, insbesondere zur Türkei, scheiterte aber letztlich an der Eigendynamik des Karabach-Problems, das er seit der Unabhängigkeitserklärung Berg-Karabachs am 3. September 1991 und der militärischen Eskalation ab November 1991 nicht mehr beherrschte. Nachdem im Oktober 1991 das Parlament ein Gesetz über die Schaffung einer nationalen Selbstverteidigungsstreitmacht unter Verteidigungsminister Generalleutnant V. Barschatly verabschiedete und die

---

17 Vgl. Saroyan, a. a. O., S. 19 ff.

18 Očet o vyborach, in: Azadlyg, 6 (36), 1991.

140 000 aserbaidshanischen Wehrpflichtigen zurückgerufen wurden, forderten verstärkt auch regionale Milizen ihre Bewaffnung. Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen scheint hier das auf dem Gebiet Aserbaidshans stationierte militärische Potential der ehemaligen Union (drei motorisierte Schützendivisionen, eine Luftlandedivision, eine Jagdflieger-Basis, zwei Jagdbomber-Basen, ein Radar des Raketenfrühwarnsystems in Mingetschaur und etwa 300 taktische Atomwaffen, über deren Verbleib es derzeit keine zuverlässigen Meldungen gibt) zum Waffenarsenal nationaler Formationen geworden zu sein. Die Ausprägung autoritärer Züge der Führung, das Scheitern von Verhandlungen und das Anhalten der Massenmorde in aserbaidshanischen und armenischen Dörfern des Landes führte seit Anfang 1992 zu einer erneuten Radikalisierung der Nationalbewegung. In Anbetracht der Dauer und Härte des aserbaidshanisch-armenischen Konfliktes, wachsender Verelendung, ausbleibender tatsächlicher Demokratisierung und nur zögerlicher europäischer Öffnung gegenüber dem "islamischen Aserbaidshan" im Zusammenhang einer einseitigen Parteinahme der westlichen Welt für Armenien erhielten Vertreter einer radikalen (militärischen) Lösung des Karabach-Problems immer mehr Zulauf, während gemäßigte Argumentationen durch fehlende Kompromißbereitschaft auf den verhandelnden Seiten an Einfluß verloren. Mitglieder der NFA, die sich lange Zeit für eine friedliche Lösung eingesetzt hatten, mußten sich selbst radikalisieren, wenn sie ihren Einfluß nicht verlieren wollten oder verließen die Bewegung. Als der "gewendete" Kommunist Mutalibov, der den Konflikt lange Zeit für das eigene politische Überleben nutzte, im Februar 1992 seinen Drei-Punkte-Friedensplan (Waffenstillstand/Gefangenaustausch, Rückkehr aller Flüchtlinge, kulturelle Autonomie für Karabach) vorlegte, war er schon nicht mehr Herr der Lage. Nach Massenprotesten unter Führung der NFA mußte Mutalibov am 6. März 1992 seinen Rücktritt erklären und Jagub Mamedov übernahm die Regierungsgeschäfte. Der Rücktritt der Regierung Anfang April verdeutlichte die Misere in der Republik: Durch die ausbleibende Lösung des Karabach-Konfliktes entwickelte sich innenpolitischer Druck mit einer Eigendynamik, der für beliebige politische Kräfte schwer beherrschbar wurde. Einerseits bedurfte jede Führung — wollte sie nicht zum Mittel der Diktatur greifen — der Unterstützung der Volksmassen, andererseits brachte die Annäherung an das Niveau der demokratieunerfahrenen, sozial und wirtschaftlich verelendeten Bevölkerung eine Radikalisierung und damit die Aufgabe demokratischer Ambitionen einschließlich der Verengung des Spielraums für Kompromisse. Bis zur Wahl eines neuen Präsidenten Anfang Juni 1992 füllten Berichte über Anarchie und Selbstjustiz hervorgerufen durch das Mißtrauen der Bevölkerung in Regierung, Armee und Sicherheitsapparat die Schlagzeilen der Berichterstattung. Der Sieg des Volksfrontkandidaten A. Elçibey (Alijev), geboren 1938 in Nachitschewan und seit Gründung der Volksfront ihr Vorsitzender, bei den Präsidentschaftswahlen verschaffte den Hoffnungen auf einen realen Wandlungsprozeß in der Republik zunächst eine machtpolitische Basis. Demokratie, Turkismus und Islam wurden von der neuen Führung als obere Prinzipien der Staatspolitik deklariert, wobei der Sicherung der Menschenrechte als über klassenmäßigen, religiösen und nationalen Interessen stehend Priorität gegenüber Panturkismus und Islam als Bestandteilen nationaler Wiedergeburt eingeräumt werden sollte.

Der Aufbau eines Rechtsstaates und einer entwickelten Zivilgesellschaft war erklärtes Ziel<sup>19</sup>.

Nicht nur die Chronik der Ereignisse um Karabach widersprach diesem Vorsatz. Auch die neue Führung konnte sich der Eigendynamik des Bürgerkrieges und den damit verbundenen innen- und außenpolitischen Konflikten nicht entziehen. Ständige Veränderungen in der Regierungsmannschaft bei fehlender Professionalität sowie die Nichtbeteiligung oppositioneller politischer Parteien und nationaler Bewegungen an der Machtausübung durch die Verzögerung demokratischer Wahlen und der Ausarbeitung einer neuen Verfassung brachten der Regierung den Vorwurf der Unfähigkeit ein<sup>20</sup>. Der Ruf nach einer "starken Hand", nach "Ordnung" und "konsequenter Politik" wurde seit dem Herbst 1992 immer lauter. Während die Reihen der Gegner und Sympathisanten Elçibey durch eine fast unüberschaubare Vielzahl von Parteien (Stand Aug. 1993: 31) und Organisationen (ca. 120), die sich in der Regel kaum durch eine Massenbasis oder entscheidende programmatische Unterschiede auszeichneten, innerhalb eines Jahres aufgefüllt wurden, entwickelte sich scheinbar im Hintergrund neben der "Partei der nationalen Unabhängigkeit" Ehtibar Mamedovs (Sept. 1993: 34 000 Mitglieder in 72 Ortsgruppen) ein weiterer Konkurrent, die Partei "Neues Aserbaidshan" (Eni Azərbaycan) Gaidar Alievs, der bei den Präsidentschaftswahlen 1992 auf der Grundlage der Altersgrenze 65 von der Kandidatur ausgeschlossen<sup>21</sup> worden war. Die am 21. November 1992 in Nachitschewan gegründete Partei aktivierte ihre Tätigkeit ab Januar 1993 über Basisgruppen in fast allen Rayons der Republik und konnte ca. 50 000 bis 120 000 Mitglieder gewinnen. Ihre Ziele, die "Stärkung der staatlichen Unabhängigkeit, Formierung eines demokratischen Rechtsstaates, Garantie der territorialen Integrität und Untastbarkeit der Republik, schnellstmögliche Beendigung des Krieges, Lösung des Karabach-Problems, Schaffung besserer Lebensbedingungen für die Staatsbürger"<sup>22</sup>, verbanden die Hoffnungen breiter Schichten auf Beendigung des Krieges und wirtschaftliche Stabilisierung mit der Person des "Aksakal" und "Politprofi" Aliev gegen den "Utopisten" Elçibey.

Nachdem im Dezember 1992 die Auflösung der Volksfront noch verhindert werden konnte, zeigten sich mit Jahresbeginn 1993 die eigentliche Machtlosigkeit des Präsidenten und der fachliche Dilletantismus seiner Mitarbeiter immer deutlicher. Die Vorwürfe der Opposition wurden verstärkt mit Personalveränderungen, Sondervollmachten, der weiteren Aussetzung von Parlamentswahlen und Verfassungsdiskussionen und letztlich mit der ständigen Erweiterung des Ausnahmezustandes beantwortet. Schuldzuweisungen für die ausbleibenden Erfolge im Konflikt mit den Karabach-Armeniern erfolgten immer stärker in die sensibelste Richtung: an die Adresse der Militärs.

So war die erfolgreiche armenische Offensive im Frühjahr 1993, die mit dem Durchbruch des Latschin-Korridors, der Karabach mit Armenien verband, eine Flüchtlingslawine auslöste, lediglich der Tropfen, welcher das Faß

19 Wir wollen keinen islamischen Staat. Interview, in: Moskau News, 7, 1992, S. 5.

20 Vgl. Argumenty i fakty v. 14. April 1992, S. 1.

21 Vgl. Berezovskij, V. N.; Ignatenko, A. A.; Cervakov, W. W.: Aserbajdzhan: političeskie partii i organizacii, Moskva 1993.

22 Programma partii Novyj Azerbajdshan, in: SES v. 3.12.1992, S. 2.

zum Überlaufen bringen sollte und den Utopisten Elçibey–Aliev zurück in sein nachitschewanisches Heimatdorf Keleki spülte.

Der Versuch, am 4. Juni im Rayonzentrum Gjandsa die Armeeverbände unter dem ehemaligen Sonderbevollmächtigten für Karabach S. Gusejnov durch reguläre Truppen aus der Hauptstadt zu entwaffnen, endete mit einem Blutbad, in dessen Folge nicht nur 68 Tote und 150 Verletzte zu beklagen waren, sondern die Truppen Gusejnovs auf Baku vorrückten und die Absetzung des Präsidenten verlangten. Am 13. Juni legte nach dem Premierminister P. Gusejnov auch der Vorsitzende des Obersten Sowjets, I. Gambar, sein Amt nieder, und der ehemalige ZK–Sekretär Aserbaidshans und Präsident der Autonomen Republik Nachitschewan, G. Aliev<sup>23</sup>, wurde am 15. Juni zu seinem Nachfolger gewählt. Dieser hatte sich durch seine kritische Distanz zu Mutalibov und Elçibey, aber vor allem durch seine geschickte Politik gegenüber Armenien, dem Iran und Rußland, die Nachitschewan vor dem Chaos bewahrte, als Vermittler empfohlen.

Als in der Nacht vom 17. zum 18. Juni Elçibey die Hauptstadt heimlich verließ, war der Weg frei für seine offizielle Absetzung auf Grundlage der Verfassung (Art. 121–7) und die Übergabe der Präsidialmacht an G. Aliev durch die Nationalversammlung am 24. Juni. Am 29. August stimmten die Bürger per Referendum für die Absetzung Elçibey und machten damit den Weg für Neuwahlen frei, für die drei Kandidaten nominiert wurden:

1. Der Gründer und Vorsitzende der Partei "Vereinigtes Aserbaidshan" (1.9.1993: 15 370 Mitglieder) und Redakteur der gleichnamigen Zeitung Kerrar Salman ogly Abilov (geb. 1930 in Schuscha). Sein Programm enthielt folgende Grundsätze, die hier nur stichpunktartig skizziert werden:
  - Der Eintritt in die GUS ist ein Fehler und hätte eines Referendums zur Entscheidung der Frage bedurft;
  - Gestaltung der Beziehungen zu Rußland auf bilateraler Ebene;
  - starke Ökonomie und nationale Armee als Zeichen der Unabhängigkeit und Voraussetzung zur Befreiung der besetzten Gebiete; historischer Prozeß der ständigen Gebietsverluste muß zur Rettung des aserbaidshanischen Volkes gestoppt werden;
  - Ergänzung der Marktwirtschaft durch staatlichen Sektor; staatlicher Handel durch gesunden privaten Markt;
  - staatliche Führung ohne Abhängigkeit von Parteizugehörigkeit, politische Konsolidierung durch Integration aller politischen Kräfte in die Regierung;
  - gegen Übergriffe auf die Volksfront, aber Verurteilung bestimmter Aktionen;

---

23 Dabei hatte er es sogar zu einem Abkommen mit der armenischen Seite gebracht, das die Stabilisierung in den Grenzgebieten einschließlich der Wiederaufnahme von landwirtschaftlichen Arbeiten und die Freigabe von Verkehrswegen zwischen Nachitschewan und Armenien vorsah. Vgl. Kommuniké in: Vyška v. 18.5.1993.

- Achtung der Menschenrechte unabhängig von Religion, Sitten und Bräuchen.
2. Der zweite Kandidat, Sakir Machmud ogly Tagiev (geb. 1948), Chef einer Baufirma, "Mäzen" von Kunst und Kultur, Finanzier zweier Moscheen und zahlreicher Beerdigungen für Kriegsoffer, Vizepräsident der Gesellschaft "Aserbaidshan-Ukraine" und Führungsmitglied der Vaterlands-Partei "Veten odschagy" (1.9.1993: 21 000 Mitglieder) sowie Mitbegründer der gleichnamigen Zeitung, war von einem Koalitionsbündnis seiner Partei mit der "Hummet" vorgeschlagen worden und trat mit folgendem Programm an:
- gleiche Startbedingungen für alle Bürger Aserbaidshans beim Übergang in die Marktwirtschaft durch gleiche Anteile am Staatsvermögen, die in Höhe von ca. eine Mio. Rubel pro Bürger über ein persönliches Bankkonto bereitzustellen seien;
  - jedes Neugeborene bekommt einmalig einen Betrag von über 100 000 Rubel, über den mit Erreichen der Volljährigkeit verfügt werden kann;
  - Lösung des Karabach-Problems über wirtschaftlichen Aufschwung und ökonomische Zwänge;
  - Beziehungen zu Nachbarstaaten: Grenzfragen entscheiden sich durch ökonomische Entwicklung und daraus resultierende Annäherung (vgl. EG) in ca. 20 Jahren; da Gott ein einziger ist, werden sich auch religiöse Unterschiede nivellieren und letztlich wieder zu einem friedlichen Miteinander führen.

Während diesen beiden Kandidaten, die nach eigenen Aussagen lediglich darauf hofften, daß Elemente ihres Programm durch den zukünftigen Präsidenten aufgegriffen werden, eher eine Statistenrolle zukam, schien bereits im Vorfeld die Entscheidung zugunsten des Berufspolitikers Gaidar Alirza ogly Aliev<sup>24</sup> gefallen zu sein.

Bereits im Juli-August hatte er eine Reorganisation des gesamten Staatsapparates und die Lösung der akuten innenpolitischen Spannungen begonnen. Der Einsetzung S. Gusejnovs als Premierminister folgte die Aufnahme von Gesprächen mit den Vertretern nationaler Minderheiten<sup>25</sup> und Oppositionsparteien, was propagandistische Anklage, Verhaftungen, Amnestie sowie militärisches Vorgehen gegen die separatistischen Verbände im Süden nicht ausschloß. An seine Seite berief er am 7. Juli 1993 als 1. Staatssekretä-

24 geb. 1923 in Nachitschewan, Studium an der historischen Fakultät des Pädagogischen Instituts Baku; 50er-60er Jahre: Arbeit im Sicherheitsapparat, Generalmajor des KGB; 1969 Generalsekretär der KPdSU Aserbaidshans, ab 1976 Mitglied des Politbüros in Moskau; 1987 aus "Gesundheitsgründen" als stell. Ministerpräsident von Gorbatschow abgesetzt, Ausschluß aus dem Politbüro; 1990 Verurteilung des Einmarsches der Roten Armee in Baku, Juli 1991 Austritt aus der KPdSU; Frühjahr 1991 Vors. Oberste Sowjet Nachitschewans; Ausschluß bei Präsidentschaftswahlen 1992 durch Altersgrenze; 24.6.1993 Übernahme der Geschäfte des Präsidenten.

25 An einem Treffen am 26. Juli nahmen von den insgesamt 33 Kulturzentren folgende Vertreter teil: "Ronajji"(Kurden) S. Gasanov, "Aserb.-russisches Zentrum" M. Sabelin, "Slawisches Kulturzentrum" V. Sergeeva, "Mada" (Talyzen) G. Ganiev, "Samur" (Lesghinen) A. Musaev, "Kulturzentrum der Taten" M. Gadschiev, sowie der Redakteur der Zeitung "Sotruschestvo" O. Savtschenko.



rin Frau Lala Schovket-Gadschieva, die seit 1978 verschiedene Leitungsaufgaben in medizinischen Instituten Moskaus ausgeübt und zuletzt eine Expertengruppe des Obersten Sowjets zur Vorbereitung der Gesundheitsreform in Rußland geleitet hatte. Der Formierung eines kleinen Beraterkreises folgte die Umbesetzung der Ministerämter sowie sämtlicher Direktorenposten der großen Staatsbetriebe. Zugleich wurden die Rayonchefs im wesentlichen durch Kader, mit denen Aliev bis 1983/87 zusammengearbeitet hatte, ersetzt.

Um Zeit für eine Normalisierung der innenpolitischen Situation zu gewinnen, nahm der amtierende Präsident Gespräche mit der russischen, armenischen und iranischen Führung auf, erreichte einen Waffenstillstand, der ihm erlaubte, Ende September den Ausnahmezustand in Baku aufzuheben und die Präsidentschaftswahlen auch in frontnahen Gebieten durchzuführen. Die Normalisierung der Beziehung zum Iran kam nicht nur einer Neutralisierung des übermächtigen türkischen Einflusses gleich, sondern entsprach auch der vorherrschenden Stimmung vor allem unter den Flüchtlingen aus Kelbadshar und Fisuli. Enttäuscht von der unzureichenden militärischen Hilfe durch den "großen türkischen Bruder" im Krieg gegen die Armenier, wurden besonders aufmerksam die humanen Hilfeleistungen der Iraner registriert, die zwar ihrerseits nicht völlig uneigennützig handelten, als sie in kürzester Frist Zeltstädte für Tausende errichteten, sondern ein Überschwappen der Flüchtlingsströme in die iranisch-aserbaidshansische Provinz befürchteten, aber sie leisteten spürbare Hilfe, die durch Koordination mit der Bakuer Führung effektiv eingesetzt werden konnte und nicht in "schwarzen Kanälen" versandete.

Neben der Normalisierung des Verhältnisses zu den südlichen Nachbarn ging Aliev die Neuregelung der Beziehungen zu Rußland und der GUS an. Nach zahlreichen Vorgesprächen knüpfte Aliev an die Regierungsabkommen vom 30. September 1992 und 17. März 1993 zur Regulierung des Warenaustausches mit Rußland an und erreichte in Vorbereitung des GUS-Beitritts am 7. September eine Vereinbarung zur Übernahme des Anteils Aserbaidshans an den Auslandsschulden der ehemaligen UdSSR auf dem Niveau von 1991 gegen eine Abtretung des Anteils an Aktiva des Unionsaußenhandels, womit er u. a. auch den Weg für Hermes Bürgschaften und die deutsch-aserbaidshansische Kooperation freimachte, die mit einer geplanten Investitionssumme von 20 Mio. DM noch starken Nachholbedarf besitzt. Am 24. September 1993 unterzeichnete er schließlich das GUS-Statut, den Vertrag über kollektive Sicherheit sowie den Vertrag über die Wirtschaftsunion der Gemeinschaft und schuf damit wesentliche Voraussetzungen für die Regulierung der Beziehungen auf dem "kleinen Außenmarkt", von dem das Land zu ca. 60 % seines Handelsvolumens abhängig ist. Neben der realistischen Einschätzung dieser Abhängigkeiten setzte Aliev weiterhin auf eine regionale Kooperation bis in den Nahen Osten hinein vor allem auf eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit Europa, wofür die im August/September 1992 gesetzlich fixierte Mitarbeit in der Europäischen Bank (243 000 US-Dollar Einlagekapital), dem IWF und der Internationalen Bank für Rekonstruktion und Entwicklung hoffen läßt. Mit dem Ziel der politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung und der Sicherung nationaler Interessen stoppte Aliev, begleitet von einer Pressekampagne, die vor dem Ausverkauf

der Rohstoffe des Landes warnte und eine Besinnung auf die effektivere Ausnutzung einschließlich des Ausbaus von verarbeitenden Industriezweigen forderte<sup>26</sup>, vorbereitete Verträge mit amerikanischen und englischen Firmen in der Erdölbranche, die u. a. die gemeinsame Erschließung der Vorkommen Aseri, Tschirag und Gjuneschli mit einer erwarteten Leistung von 40 Mio. Tonnen fixierten. Die Verteilung der Anteile war mit 30 (Aserbaidshan) zu 70 (ausländische Firmen) vorgesehen, wovon BP–Statoil, Amoco und Remco/Pennzoil die größten Anteile erwarteten und für 30 Jahre zu den wichtigsten Partnern im Erdölgeschäft geworden wären.

Mit der Vielzahl eingeleiteter Maßnahmen wurde Aliev zum Hoffnungsträger der Mehrheit aus allen sozialen Schichten, die das "Experiment der Volksfrontdemokratie" mit Gebietsverlusten, Flüchtlingslagern und rapider materieller und geistig–kultureller Verarmung assoziierten.

Am 2. Oktober stellte er vor einer internationalen Wahlbeobachterkommission und Journalisten sein Wahlprogramm vor, das er ausdrücklich nicht als "Kampfprogramm" seiner Partei verstanden haben wollte, da er allein aus Verantwortung für Aserbaidshan in die Politik zurückgekehrt sei und sich als freier und unabhängiger Bürger um das Amt bewerbe. Folgende Ziele seiner Regierungspolitik wurden genannt:

- Beendigung des Kriegszustandes;
- Sicherung der Unabhängigkeit als historischen Wert durch die praktische Ausfüllung der Deklaration auf der Basis der Wiederherstellung des Staatsterritoriums in den "bekannten Grenzen";
- Entwicklung Aserbaidshans als multinationalen Staat mit gleichen Rechten und Pflichten aller Bürger;
- Mitarbeit in der KSZE, UNO und anderen internationalen Organisationen, gleichberechtigte Beziehungen zu allen Staaten, wobei die zu den kulturhistorisch nahestehenden Nachbarn zwar besondere Bedeutung besitzen, aber nicht das Interesse an guten Beziehungen zu den europäischen, amerikanischen und asiatischen Staaten überdecken sollen;
- strikte Ablehnung des Wiedererstehens der Union als Staatsstruktur und einer Rückkehr zum Kommunismus ohne jedoch diese Vergangenheit zu leugnen;
- Aufbau eines Rechtsstaates der die Freiheit des Wortes, des Gewissens, von Sprachen und Religionen sowie der unternehmerischen Initiative garantiert und die Entwicklung der freien Marktwirtschaft auf der Grundlage "aller für Aserbaidshan geeigneten Eigentumsformen" zügig vorantreibt, aber Sprünge zur vermeintlichen schnellen Erreichung des Anschlusses an die entwickelten Länder vermeidet.

Trotz eines erklärten Wahlboykotts der Volksfront endeten die Präsidentschaftswahlen am 3. Oktober 1993 mit einem eindeutigen Sieg G. Alievs. Ob sich damit bewahrheitet, daß "die Parteihochschule einem Politiker der so-

---

26 Vgl. Erdölförderung mit Verlusten. Ein wirtschaftliches Absurdum, in: Vyška v. 14.9.1992, S. 2.

wjetischen Nachfolgestaaten mehr zu vermitteln vermag, als ein akademisches Institut und Professionalismus des Parteiapparates, nicht durch auf Meetings gesammelte Erfahrungen ersetzt werden kann<sup>27</sup>, bleibt vorläufig offen. Das angetretene Erbe scheint bereits jetzt zu schwer, um eine spürbare Verbesserung der Situation in Aserbaidshan zuzulassen.

Nach wie vor bildet der Krieg das Problem Nr. 1. Trotz der Bereitschaft zur Verhandlungsaufnahme mit allen interessierten Seiten, also unter Einfluß der Karabach-Armenier, konnte weder ein dauerhafter Waffenstillstand erreicht werden noch das Schicksal der 3 736 in Karabach gefangenen Aserbaidshaner geklärt werden<sup>28</sup>. Unter Bezugnahme auf Traditionen des Großen Vaterländischen Krieges rief Aliev in einer Fernsehansprache am 2. November in einem Appell an die Bürger zur Verteidigung des Vaterlandes auf. Zugleich verwies er auf Probleme wie Desertion, Bestechlichkeit von Offizieren, Wehrdienstverweigerung und auch unzureichende Bereitschaft der wenigen Privatpersonen und Unternehmen, die über entsprechende Mittel verfügen, diese mit Kriegsopfern zu teilen<sup>29</sup>. Trotz einer Vielzahl von Gegenbeispielen scheint es, daß jener Nationalismus, welcher über fünf Jahre die Massen aktivierte, nicht tief genug verwurzelt und rational verankert ist, um einen Volkswiderstand zur Vaterlandsverteidigung zu tragen. Persönliches und familiäres, auch regionales Wohlergehen sind für einen großen Teil der Bevölkerung wichtiger als Überleben des Nationalstaates. Die fast zweihundertjährige Erfahrung, daß "andere" die Verantwortung für den Schutz und die Verteidigung des Gesamtterritoriums tragen, ist dabei nur ein Moment, welches staatsbürgerliche Verantwortung unterdrückte und Schuldzuweisungen "nach oben" erleichtert. Zwar hat Aliev diese Gefahr erkannt, aber es ist fraglich, welche Auswirkungen die beklagte Reaktivierung oppositioneller Gruppierungen vor allem aus dem Lager der Volksfrontler haben wird, auf die man gegenwärtig mit verschärften Maßnahmen wie Ausnahmezustand und Polizeistunden reagiert.

Sozialen Zündstoff und damit eine Massenbasis für Aktionen verschiedener Art gibt es genug. Angesichts des Verlustes von ca. 32 % des aserbaidshanischen Staats- und Wirtschaftsterritoriums bei ca. einer Mio. Arbeitslosen und Flüchtlingen ist eine wirtschaftliche Stabilisierung fast illusorisch. Im Jahre 1992 betrug die Inflationsrate 1 300 Prozent, die Gesamtproduktion von Industrie und Landwirtschaft war gegenüber dem Vorjahr um weitere 25 % gefallen und wurde bis August 1993 mit 35 % angegeben. Besonders knapp wurde die Versorgung mit Fleisch- und Milchprodukten, deren Erzeugung um 40,7 respektive 53,9 % sank. Als alternatives Nahrungsmittel fungiert Brot, dessen Verbrauch sich seit 1990 fast verdoppelte und damit zum Hauptnahrungs- (und aufgrund der Preisregulierung auch zum wichtigen Futter-) mittel wurde und die Abhängigkeit von den Getreideeinfuhren aus dem Ausland verschärfte. Neben der Sicherung der Grundversorgung der Bevölkerung, wofür die UNO im Zeitraum Juli 1993 — März 1994 innerhalb eines Hilfsprogramms für Armenien und Aserbaidshan 22,5 Mio. US-Dollar (12,5 für Aserbaidshan) zur Verfügung stellte, gibt es besonderen Handlungsbedarf in der Flüchtlingsfrage. Hunderttausende Familien mußten

---

27 Moskovskie novosti v. 2.Mai 1993, S. 9.

28 Pravda v. 13.4.1994, S. 2.

29 Vgl. Vyška v. 6.11.1993, S. 1-3.

in den vergangenen Jahren ihren Heimatort verlassen und brauchen neue Unterkünfte, Arbeit, soziale und medizinische Betreuung sowie Ausbildungsmöglichkeiten für die Kinder. Die um sich greifende Verelendung breitet sich in Schichten bewirkte nicht nur Mentalitätsumbrüche, wie das auch in Georgien immer wieder beobachtet wird, sondern treibt auch zur Arbeitssuche oder Emigration ins Ausland, wobei die Gefahr des Abflusses qualifizierter Arbeitskräfte besonders groß ist. So betrug die Zahl der Auswanderer 1991 83 447 (ehemalige Union) und 6 503 (Ausland), 1992 waren es entsprechend 58 956 und 2 393. Von den 1989 mit 30 833 angegebenen Juden in Aserbaidschan haben 1990 bereits 10 440 das Land verlassen, bis zum Halbjahr 1993 kamen nach Angaben des Ministeriums für Statistik weitere 7 320 hinzu.

Zu einem immer größer werdenden Problem entwickelte sich auch die Energieversorgung sowohl für den Bevölkerungs- als auch für den Industriebedarf. Nachdem die einheimische Erdölproduktion von 13,2 Mio Tonnen 1988 auf 10,5 Mio 1992 und die Erdgasförderung von 11,8 Mrd. m<sup>3</sup> auf 7,8 Mrd. m<sup>3</sup> gesunken ist, erhöhte sich die Abhängigkeit von Gasimporten zu Weltmarktpreisen (1992 allein 3,6 Milliarden m<sup>3</sup>). Der Kapitalabfluß führte nicht nur zur Devisenverknappung, sondern verhinderte auch dringend notwendige Investitionen zur Umstrukturierung der Wirtschaft. Berücksichtigt man die Konsequenzen nur dieses Teufelskreises, wird ersichtlich, in welcher Zwangssituation sich Aserbaidschan bei der Unterzeichnung der GUS-Beitrittsverträge am 24. September 1993 befand.

Unter den Bedingungen fortgesetzter wirtschaftlicher Instabilität und einer Verschuldung des Staatshaushaltes mit 81 Milliarden Rubel im September 1993 (110 Mrd. erwartet bis Ende 1993) stellt sich die Frage nach den Perspektiven.

Hoffnungen richten sich dabei in erster Linie auf eine Steigerung des Anteils der landwirtschaftlichen Produktion am Bruttosozialprodukt 1994 von 29 % auf 31 % und die damit verbundene Einsparung von Valutaimporten. Dem Abbau der Verschuldung soll die Erschließung und bessere Ausnutzung der Erdöl- (1–1,5 Mrd. Tonnen geschätzt) und Erdgasreserven (300 Mrd. m<sup>3</sup>) sowie der Export von Erdölprodukten, Baumwolle, Tabak und Elektrotechnik dienen. Es wird erwartet, daß die Privatisierungsgesetze greifen und die eingeräumten Freiräume marktwirtschaftlicher Strukturen — trotz der Bindungen an kriegsbedingte Staatsbestellungen — sowie bessere Vertragsgestaltungen mit ausländischen Investoren zu einer Effektivierung des Wirtschaftens unter den Bedingungen des neu geordneten Staatsapparates führen. Als wichtige Voraussetzung wird — neben dem Übergang zur intensiven Nutzung der in den letzten Jahren vor allem in Lenkoran und Nachitschewan neu erschlossenen landwirtschaftlichen Nutzflächen, dem Anbau neuer Kulturen und der Inbetriebnahme zahlreicher mit ausländischer Unterstützung errichteter Betriebe — vor allem die Privatisierung von 2 513 Staatsbetrieben im Dienstleistungsbereich, Handel, Transportwesen und der Nahrungs- und Genußmittelindustrie gesehen. Allein hier sollen im Jahre 1994 ca. eine Milliarde Manat (= 10 Mrd. Rubel) durch den Verkauf erwirtschaftet werden, die dem Wohnungsbau sowie dem Gesundheits- und Bildungswesen zugute kommen sollen. Verschärfte Maßnahmen dürften die il-

legale Rohstoff- und Warenausfuhr treffen, die Schäden in Milliardenhöhe anrichten und einer schmalen Schicht zu großem Reichtum verholfen haben.

Versprechungen haben die über sieben Millionen Menschen in den letzten Jahren genug gehört, es bleibt zu wünschen, daß mit der Beendigung des Krieges sie auch die Chance erhalten, die reichen Möglichkeiten einer ausgeglichenen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu nutzen und zu einem menschenwürdigen Dasein zurückzukehren. Trotz zu beobachtender Kriegsmüdigkeit bleibt die Gefahr einer weiteren Radikalisierung extremer Randgruppen, die sich entweder aus Enttäuschung über das gescheiterte Demokratie-Experiment oder aus Revanche für die Niederlage auch einem militanten Islam zuwenden können. Obwohl sich diese Gefahr gegenwärtig nicht äußert, verbündete sich G. Aliev vorsorglich mit jenen islamischen Führern, die den offiziellen Islam im Lande verkörpern und eine wichtige sozial-kommunikative und integrative Funktion ausfüllen. Was sie nicht sein können, ist die notwendige soziale und politische Stütze für einen Stabilisierungskurs. Diese Rolle könnten Teile der nationalen Bildungsschicht, aber vor allem Teile der jungen Unternehmerschicht spielen, die im mittleren Bereich noch äußerst begrenzt ist und über deren wirtschaftliches Gewicht kaum Angaben vorliegen. Die 1994 vorgesehene Privatisierungskampagne könnte ein Hinweis dafür sein, daß G. Aliev mit der Förderung jener Kräfte Hoffnungen auf Unterstützung seines Regierungskurses für Frieden und Wohlstand verbindet. Doch ausgeschlossen bleibt auch nicht eine Neuauflage kommunistischer Machtverhältnisse. Zu den im Frühjahr neu zugelassenen vier Parteien gehört die "Kommunistische Partei Aserbaidshans" unter Ramis Achmedov mit bisher 14 000 Mitgliedern, die ebenso wie die noch in Gründung befindliche marxistische Reformpartei Sajad Sajadovs (22 000 Mitglieder) ein Koalitionsbündnis mit den Regierenden nicht ausschließt. Mag man zur Zeit noch über die "neuen Kommunisten" lächeln, bis zu den Parlamentswahlen 1995 ist noch ausreichend Zeit, die politischen Karten neu zu mischen.